

ANZEIGE

Zahlen Sie mehr als € 1,67 für einen Frontzahn, € 1,25 für einen Seitenzahn?

So **PREISWERT** kann ein **3 Schicht-Kunststoff-Zahn** sein!

**ACRY LUX-V**  
3-Schicht-Zähne von Ruthinlum  
In besonders großen Garnituren erhältlich  
Garnitur à € 9,99

- Biokompatibel
- Abrasionsresistent
- Farbstabil
- Farbsystem von A1 bis D4
- Trotz extrem niedrigem Preis: Komplettierung der Garnituren

**Aktionsangebot**  
28 Zähne zum Testpreis von € 36,-  
Farben Ihrer Wahl  
Größen: klein, mittel oder groß

**LOGO-DENT**  
Ausgesuchte Dental-Spezialitäten  
Postfach 1261 · 79265 Bötzingen  
Telefon 0 76 63 / 30 94 · Fax 52 02  
e-mail: logo-dent@t-online.de  
www.logo-dent.de

## „Ein politischer Verband lebt von der innerverbandlichen Diskussion“

ZT Zahntechnik Zeitung im Gespräch mit Dr. Wilfried Beckmann, Bundesvorsitzender des FVDZ

**ZT** Worin unterscheidet sich Ihrer Meinung nach die Öffentlichkeitsarbeit eines Verbandes, der die Interessen seiner Mitglieder wahrnehmen muss, gegenüber der eines Wirtschaftsunternehmens? Die Öffentlichkeitsarbeit eines Wirtschaftsunternehmens dient der Profitmaximierung des Unternehmens. Die Öffentlichkeitsarbeit des Freien Verbandes dient der Schaffung von Rahmenbedingungen für den fachlichen und wirtschaftlichen Erfolg seiner zahnärztlichen Mitglieder als Freiberufler.

**ZT** Die Informationsverbreitung stellt das Fundament der Öffentlichkeitsarbeit dar. Dennoch spielt sicherlich auch der verantwortungsvolle Umgang mit den Informationen eine wichtige Rolle für die Verbandspolitik. Zu viel öffentliche Informationen können aktuellen Verhandlungen abträglich sein, zu wenige Informationen können zu Missstrauen bei den Verbandsmitgliedern und der interessierten Öffentlichkeit führen. Was sind daher die Grundlagen und Regeln Ihrer Informationspolitik?

In einem politischen Verband bedarf es einer umfassenden, auch kontroversen inneren Diskussion zur Meinungsbildung und Beschlussfassung. Nach außen muss nicht der

verschlungene Weg eines Entscheidungsprozesses, sondern eine konsistente Botschaft als Botschaft kommuniziert werden. Diese Botschaft muss der „Grundphilosophie“ des Verbandes entsprechen, der sich als verlässlich und berechenbar darstellen muss.

**ZT** Der vorzüglich konzipierte Internetauftritt des FVDZ publiziert u.a. Vertrags- und Wahlleistungskonzepte sowie Eckpunkte der Gesundheitsreform. Wie erfolgt darüber hinaus die Ansprache der Verbandsmitglieder und der Pressevertreter bzw. aus welchen Kommunikationsmitteln haben Sie Ihr „Paket Öffentlichkeitsarbeit“ geschnürt? Neben dem Internetauftritt informiert der Verband seine Mitglieder über einen tagesaktuellen Newsletter (als E-Mail mit Verlinkung auf den Internetauftritt), über das wöchentlich erscheinende Free-Fax (das wahlweise auch als E-Mail zugestellt wird), über das monatliche Magazin „Der Freie Zahnarzt“ (DFZ). Dem Freien Zahnarzt wird dreivierteljährlich das Supplement „edition wissen kompakt“ beigefügt. Die „edition“ stellt jedes Mal ein zahnmedizinisches Fachgebiet „State of the Art“ dar und ist damit ein CME-Medium. Der im Abonnement erscheinende „Wis-

enschaftliche Info-Dienst“ (WID) liefert eine Analyse der wissenschaftlichen Fachliteratur, das als Loseblattsammlung im Abonnement erscheinende Praxishandbuch liefert aktuelles Know-how zur Ökonomie der Praxisführung. Die Kommunikation mit den auf dem gesundheits- bzw. sozialpolitischen Feld arbeitenden Journalisten wird mit dem bundesweit anerkannten „Berliner Presseseminar“ gepflegt, das seit mehr als 25 Jahren in der Regel jährlich stattfindet. Die gesellschaftspolitisch liberale Ausrichtung des Verbandes dokumentiert sich in den „Forum“-Veranstaltungen. National als „Forum Freiheit“ gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer und der Friedrich-Naumann-Stiftung durchgeführt, international als „Forum für freie zahnärztliche Berufsausübung“ in Brüssel als Plattform der europäischen zahnärztlichen Organisationen, die für eine freiberufliche zahnärztliche Berufsausübung eintreten. Über ein jährliches Hochschullehrertreffen wird der intensive Gedankenaustausch mit den Hochschullehrern gepflegt. Darüber hinaus engagiert sich der Freie Verband in „proDente“, das als zentrale Marketingorganisation des Dental-Bereichs für schöne ge-

sunde Zähne wirbt und auf einer Initiative des Verbandes basiert.

**ZT** Welche Vorteile, aber auch welche Schwierigkeiten ergeben sich durch die intensive Öffentlichkeitsarbeit für Politik und Lobby-Arbeit Ihres Verbandes und für Sie als Privatperson und Zahnarzt? Öffentlichkeitsarbeit ist aktiv und reaktiv. Sie erfordert Planung und Beständigkeit, muss aber auch in der Lage sein, auf tagesaktuelle Entwicklungen einzugehen. Das erfordert eine permanente Analyse der politischen und öffentlichen Diskussion. Das ist spannend und zeitaufwändig und deshalb nur mit gut funktionierenden Strukturen und professionellen Mitarbeitern wie in unserem Verband zu realisieren. Die Tätigkeit jeden Tag in der eigenen Praxis liefert den Background, um gegenüber den häufig doch sehr theoretischen Darstellungen im gesundheitspolitischen Bereich patientenorientiert und praxisnah zu argumentieren.

**ZT** Welche Grundsätze verfolgen Sie bei Ihrer Informationspolitik gegenüber Ihren Mitgliedern? Wie reagieren Sie auf Kritik der Verbandsmitglieder an der Arbeit des FVDZ? Ein politischer Verband lebt von der innerverbandlichen

Diskussion. Kritik ist die Hefe jeder Diskussion. Solange in der Kritik die gemeinsamen Ziele erkennbar bleiben, bringt die Auseinandersetzung mit kontroversen Themen den Verband voran.

**ZT** Die Medien stellen das wichtigste Instrument der Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich der Verbreitung von Informationen bzw. der Außenwirkung eines Unternehmens dar. Trifft dies im gleichen Maße auch für Ihren Verband zu und gibt es Grundsätze in Ihrem Hause, den Umgang mit den Medienvertretern betreffend? Wie reagieren Sie auf kritische Hinterfragen seitens der Journalisten?

Für den Verband gilt: Presseinformationen gehen in fachlichen bzw. allgemeinen Verteiler (je nach Thema). Gezielte Indiskretionen zur Belieferung zahnärztlicher „Bild“- und „Zeitung“ sind nicht im Sinne des Verbandes. Wir publizieren unsere Position in unseren Medien und über Pressemitteilungen. Interview-Anfragen werden – soweit die allgemeine Arbeit es irgendwie möglich macht – gerne beantwortet.

**ZT** Ihr Verband vertritt die Interessen der Zahnärzte. Damit richtet sich Ihre Informationsarbeit vorrangig an fachspezifische Medien. Dennoch gibt es eine darüber hinausgehende Resonanz in Medien, die eine breitere Öffentlichkeit ansprechen. Wie erklären Sie sich diese Außenwirkung? Der Freie Verband hat innerhalb der vielfältigen Verbandslandschaft eine besondere Rolle. Wir haben uns nie als ein

Wirtschaftsverband verstanden, der für den schnellen wirtschaftlichen Vorteil seiner Mitglieder eintritt. Wir wollen nicht mehr Geld für unsere Kollegen, sondern Rahmenbedingungen, in denen der Zahnarzt als echter Freiberufler in eigener fachlicher und wirtschaftlicher Verantwortung seines Glückes Schmied sein kann. Daraus ergibt sich ein breites gesellschaftspolitisches Engagement des Verbandes über den Horizont der Mundhöhle hinaus. So haben wir die GKV, die jetzt in der Diskussion um Gesundheitsprämie und Bürgerversicherung zur Disposition gestellt wird, schon 1998 als nur durch ein neues System abzulösen eingeordnet. Das nimmt die Öffentlichkeit wahr.

**ZT** Wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht die Bedeutung Ihrer Informationspolitik: Was haben Sie durch Presse- und Verbandsarbeit erreicht, wo sehen Sie Defizite?

Durch seine Beschlüsse auf der Hauptversammlung von Bremen im vergangenen Herbst hat sich der Verband davon verabschiedet, seine Politik durch die KZVen umzusetzen. Dort ist Administration gefragt, nicht politisches Gestalten. Durch diese klare Positionierung ist die Informationspolitik des Verbandes zur Artikulation unserer Position noch wichtiger geworden. Informationspolitik ist wie Rudern gegen den Strom: Stillstand ist Rückschritt. Deshalb werden wir unsere Aktivitäten weiter entwickeln. Lassen Sie sich überraschen! **ZT**

### ZT Kurzvita

**Dr. Wilfried Beckmann**

- geboren am 7. August 1953
- 1977 Approbation zum Zahnarzt
- 1978 Promotion
- eigene Praxis mit den Schwerpunkten Prophylaxe, systematische Sanierung, ästhetische Zahnheilkunde und Funktionsanalyse
- seit 1979 Mitglied im Freien Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ)
- von 1995–1997 Landesvorsitzender des FVDZ in Westfalen-Lippe
- seit 1997 Bundesvorsitzender des FVDZ

## Staatskommissar verlässt Selbstverwaltung

Erste Annäherung in Sachen Gesundheitsreform zwischen Staatsregierung und Zahnärzten in Bayern.

(eb) – Der Streit zwischen Bayerns Zahnärzten und dem bayerischen Sozialministerium wurde mit der Wieder-Einsetzung des gewählten Vorstandes und der Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB) beigelegt. Beide Parteien haben zudem eine gemeinsame Erklärung über bislang strittige Punkte des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG) unterzeichnet.

Zuvor hatte die bayerische Staatsregierung laut einem Beschluss von Ministerin Christa Stewens (CDU) sowohl Vorstand als auch Vertreterversammlung der KZVB ihrer Aufgaben enthoben und an deren Stelle einen Staatskommissar eingesetzt. Dieser sollte sicherstellen, „dass sich alle bayerischen Zahnärzte im Interesse der Patientinnen und Patienten wieder an Recht und Gesetz halten“ und „die Gesundheitsreform durch die KZVB gesetzestreu

umgesetzt wird“, so Stewens. Das Ministerium begründete seine Entscheidung vor dem Hintergrund „rechtswidriger Beschlüsse der Vertreterversammlung“, woraufhin einige Zahnärzte auch bei Vorsorgeuntersuchungen die 10 € Praxisgebühr von ihren Patienten kassiert hatten. Auch sollen einzelne Kollegen ihre

Patienten aufgefordert haben, auf eine Chipkarten-Behandlung zu verzichten und stattdessen Kostenerstattung zu wählen. Mit solchen Beschlüssen wollte die KZVB-Spitze ihren Protest gegen das GMG zum Ausdruck bringen. Dieses bezeichnen die Zahnarzt-Funktionäre als ein „hand-

werklich schlecht konzipiertes und patientenfeindliches Gesetz“, welches zu Lasten der freien Berufsausübung gehe. So hätte es die Politik versäumt, bei Patienten, Ärzten und Kassen für klare Sicht im Chaos zu sorgen. Während Stewens diesen Protest als „geplanten und teilweise vollzogenen Gesetzesbruch“ interpretierte, verteidigte Dr. Rolf-Jürgen Löffler, 1. Vorsitzender der KZVB, diese Maßnahmen als einzige Chance: „Wenn alles konstruktive Bemühen über nahezu 28 Jahre in der Politik ins Leere läuft, kann dies nur durch aktives Handeln im Rahmen der Gesetze eine Veränderung erfahren“, so Löffler gegenüber den KN Kieferorthopädie Nachrichten. Bayerns Zahnärzte standen fest hinter ihrem Berufsverband: Auf die vorübergehende Enthebung der KZVB-Selbstverwaltung reagierten sie mit einer Demonstration vor dem Münchner Zahnärztheaus. **ZT**



Zahnärzte, Kieferorthopäden und Praxispersonal demonstrieren gegen den Einsatz des Staatskommissars. (Foto: Kristin Oemus)

## Zahnersatzversorgung fraglich

Bayerische Zahnärzte legen Gutachtertätigkeit nieder

(ddp/kh) – Staatskommissar Dr. Maximilian Gaßner ist wieder weg, doch damit sind noch längst nicht alle Probleme in Bayern gelöst. So hatten nach Angaben der AOK rund 120 Gutachter in Bayern aus Protest gegen die Einsetzung des Staatskommissars bei der KZVB ihr Amt niedergelegt. Nun, da die bayerische Staatsregierung ihren Rückzug aus der KZVB angetreten hat, ist immer noch unklar, ob die Gutachter ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. In Bayern wird es also vorerst immer noch etliche Patienten geben, die dringend eine Expertise für den erwünschten Zahnersatz brauchen. Punkt sechs der gemeinsamen Erklärung von KZVB und Staatsregierung ist damit momentan der bedeutendste: „Die KZVB wird auf die einvernehmlich bestellten Gutachter einwirken, das vertragliche Gutachterverfahren umgehend wieder aufzunehmen.“ Mit Amtsenthebung der KZVB gingen bei Gaßner täglich Päckchen mit Gebiss-Abdrücken ein, als

Grüß zahnärztlicher Gutachter frei nach dem Motto: „Lieber Gaßner, mach doch gleich alles selber.“ Tatsächlich stand der Staatskommissar vor erheblichen Problemen. Zwar gelang es ihm, Gutachter aus anderen Bundesländern als Ersatz zu finden, doch eine längere Auseinandersetzung mit der KZVB hätte den Patienten dennoch geschadet. Die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen in Bayern befürchtete neben einer Versorgungslücke in Bayern sogar Folgeschäden für Patienten sowie zusätzliche Kosten für die Kassen. **ZT**

ANZEIGE

**QM-Verwaltung leicht gemacht...**

kostenlose Testversion anfordern: 07665-9226-0

**QMEXPERT**  
Software für effizientes Qualitätsmanagement

www.qm-expert.de